«Die SP erhält immer ‹zu viele› Sitze»

BERN. Obwohl die Sozialdemokraten ihren Wähleranteil nicht halten konnten, erhalten sie drei zusätzliche Sitze im Nationalrat. Die Grünen hingegen werden mit fünf Sitzverlusten massiv bestraft. Der Politologe und Wahlforscher Werner Seitz erklärt, warum das so ist.

INTERVIEW: PETER GRANWEHR

Nun wissen wir es genau: Die SVP verliert 2,3 Prozent an Wählerstimmen und büsst dafür mit 8 Sitzen. Die SP verliert ebenfalls (zwar «nur» 0,8 Prozent), wird aber mit 3 Sitzgewinnen belohnt. Kann man das noch mit Proporzglück erklären?

Werner Seitz: Proporzglück ist das eine, Glück mit den Listenverbindungen das andere. Aber wichtig zu wissen ist auch das: Nationalratswahlen finden in 26 sehr unterschiedlich grossen Wahlkreisen statt. Das alles zusammen führt teilweise zu starken Verzerrungen im Verhältnis der Grösse der Parteistärken und zu den Sitzanteilen. So etwa besetzt die SP mit einem nationalen Wähleranteil von 18,7 Prozent 23 Prozent der Sitze im Nationalrat.

«Auch die SVP mit 54 Sitzen besitzt eher ein Mandat zu viel»

Werner Seitz, Wahlforscher

Ist es ein Zufall, dass hier gerade die SP vom Glück begünstigt wird?

Nein – die SP holt traditionell bei den Nationalratswahlen proportional deutlich mehr Sitze als Stimmen. 1995 war das sogar noch extremer als heute: Damals kam sie mit 21,8 Prozent der Stimmen auf 27 Prozent der Mandate.

Woran liegt das?

Unter anderem an der ungleichen regionalen Streuung der Parteistärke: In einigen kleinen Kantonen wie Schaffhausen oder Jura ist die SP sehr stark mit 30 bis 35 Prozent der Stimmen. Damit holt sie die Hälfte der zwei zu vergebenden Mandate. Das führt auch im Gesamtergebnis zur erwähnten Verzerrung. In grossen Kantonen wie Zürich, wo bereits weniger als 3 Prozent der Stimmen für einen der 34 Sitze ausreichen, ist diese geringer.

Wie sieht das bei der SVP aus? Wird sie für das Glück der SP bestraft mit ihren 8 Sitzverlusten als Folge des Wählerschwunds um 2,3 Prozent?

Nein. Für 26,6 Prozent der Stimmen erhält sie 27 Prozent der Sitze, also eher noch einen zu viel. Aber sie ist näher an der Parität als 2007 mit 28,9 Prozent Wähleranteil und 31 Prozent der Sitze.

Besonders hart trifft es die Grünen: minus 1,2 Prozent und 5 Sitzverluste.

Hier zeigt sich am Beispiel Basel-Stadt, wie «ungerecht» es mit Listenverbindungen laufen kann: SP und Grüne verfügten bisher zusammen über 3 Sitze. Am Sonntag fiel die SP von 35 auf 29 Prozent, während sich die Grünen von 12,1 auf 13,4 Prozent steigerten. Die SP behielt ihre zwei Sitze, nicht aber die Grünen. Sie verloren den Sitz – an die CVP, die zwar lediglich 6,5 Prozent der Stimmen holte, aber dank der Listenverbindung mit GLP, EVP und BDP die Grünen überflügelte.

Das Bundeshaus: Alle wollen hierhin, aber nicht alle können vom Proporzglück oder von Listenverbindungen profitieren. Bild: key

Die CVP gehört also auch zu den glücklichen Parteien?

Ja, aus ähnlichen Gründen wie die SP. Mit 12,3 Prozent der Stimmen verfügt sie über 14 Prozent der Mandate. 2007 war das ähnlich. Hingegen weist die FDP ein ausgeglichenes Verhältnis zwischen Stimmenanteil (15,1 Prozent) und Sitzanteil (15 Prozent) auf.

Was hat Sie am Wahlausgang am stärksten überrascht, und was ist für Sie das hervorstechendste Merkmal?

Das Ausmass des Durchmarsches der jungen Parteien GLP und BDP. Sie haben zusammen fast aus dem Stand 10,8 Prozent der Stimmen erreicht. Damit haben sie eine veritable Umwälzung der politischen Mitte zustande gebracht: Diese ist klar grösser, aber auch bunter geworden. Gleichzeitig sind die traditionellen Parteien FDP und CVP um fast fünf Prozentpunkte eingebrochen, und die beiden Pole sind um je zwei Prozentpunkte verkleinert worden. Im Fall der SVP zum ersten Mal seit Beginn ihres Aufstiegs in den Neunzigerjahren. Damit ist der Prozess der Polarisierung gestoppt und sogar leicht gewendet worden.

Wie erklären Sie sich das?

Überraschend kam dies alles nicht: Wer die kantonalen Wahlen dieser Legislaturperiode verfolgte, konnte die sich anbahnende Stärkung der Mitte ablesen. Aber die Schwächung der beiden Pole zeichnete sich nicht derart ab, es gab Verluste bei der SP, die sich aber wieder etwas aufzufangen schien. Die SVP dagegen gewann fast alle kantonalen Wahlen, und die Grünen konnten sich zumindest halten. Jetzt aber gehen beide als Verlierer aus den Nationalratswahlen.

In welchen Kantonen fallen die Ergebnisse aus dem Rahmen – gemessen an den kantonalen Wahlen seit 2007?

«Interessant ist, wie die SVP die Abspaltung der BDP fast wieder wettmachen konnte»

Werner Seitz, Politologe

Eine detaillierte Analyse der Kantonsergebnisse wurde noch nicht gemacht. Interessant aber ist etwa, zu sehen, wie die SVP in Bern und Graubünden die Abspaltung der BDP fast wieder wettmachen konnte. In Bern hat sie 29 Prozent, in Graubünden ist sie mit 24,5 Prozent bereits wieder stärkste Partei. In diesen beiden Kantonen hat aber auch die BDP stark Fuss gefasst, in Bern mit fast 15 Prozent und in Graubünden mit über 20 Prozent. Leidtragende dieser Veränderungen ist vor allem die FDP, die sechs bis sieben Prozentpunkte verlor. In Graubünden büsste auch die SP acht Punkte ein.

Viele Städter im Nationalrat

Die Städter sind im neu gewählten Nationalrat nach wie vor übervertreten. 24 Prozent aller Nationalräte stammen aus einer der grössten zehn Städte der Schweiz, zwei weniger als im alten Parlament. 48 Parlamentarier stammen aus den Städten mit mehr als 50000 Einwohnern. Das Gewicht von Zürich, Genf, Basel, Lausanne, Bern, Winterthur, Luzern, St. Gallen, Lugano und Biel beträgt schweizweit jedoch nur 17 Prozent.

Massiv übervertreten sind die Städter gemäss Berechnungen der Nachrichtenagentur SDA im Kanton Zürich: 56 Prozent der Zürcher Nationalrätinnen und Nationalräte wohnen in Zürich oder Winterthur. Auf die Bevölkerung des Kantons ausgerechnet, machen die Einwohner dieser beiden Städte jedoch nur 34,5 Prozent aus.

Am meisten in den Nationalrat gewählte Städter haben die SP (18) und die Grünen (10). Die beiden Parteien stellen somit mehr als die Hälfte der 48 Parlamentarier. Darauf folgen die FDP (7), die SVP (5), die CVP (3) und die Grünliberalen (2). *(sda)*

Wie die SP einen Wahlsieg herbeiredet

BERN. Die SP schrammt nur knapp an ihrem schlechtesten Wahlresultat aller Zeiten vorbei. Doch die SP-Spitze hat es geschafft, dass das noch fast niemand gemerkt hat.

VON MICHAEL BRUNNER

Alles begann am Sonntagabend mit einem Bluff von SP-Präsident Christian Levrat: Als die Parteipräsidenten vor laufender Fernsehkamera gefragt wurden, wer sich zu den Wahlsiegern zähle, schnellte auch seine Hand in die Höhe. Der Bluff funktionierte: Obwohl die SP bei den Wähleranteilen laut der dritten Hochrechnung auf ein historisches Allzeittief absackte, war das medial kaum ein Thema.

Mittlerweile sind nach einer viel zu langen Wartezeit die definitiven Resultate bekannt. Die Bilanz für die SP sieht wie folgt aus: Im Nationalrat gewinnt sie drei Sitze gegenüber dem Resultat von 2007. Im Ständerat verteidigt sie ihre zuletzt acht Sitze schon im ersten Wahlgang und kann im zweiten wohl noch zulegen. Bei den Wähleranteilen verliert sie 0,8 Prozent und landet bei 18,7 Prozent. Damit bleibt sie knapp über dem historischen Tiefststand von 1987, als sie auf 18,4 Prozent absackte.

Die SP-Spitze spricht ob diesen Resultaten in einem ersten Fazit von erfolgreichen Wahlen. Generalsekretär Thomas Christen nennt für diese positive Einschätzung vor allem drei Gründe: «Wichtig sind die Sitze, nicht die Prozente. Die anderen grossen Parteien inklusive den Grünen haben weit mehr verloren als wir. Und das Auftreten der neuen Parteien GLP und BDP ist ein kleines politisches Erdbeben. Da kann es nicht erstaunen, dass auch wir leicht verloren haben.» Christen zeigt sich überzeugt, dass die SP die Trendwende zum Positiven geschafft hat.

«Die SP ist selber schuld»

Experte Michael Hermann urteilt etwas anders: «Sitzgewinne sind Glücksache, die wahre Stärke der SP spiegeln die Wähleranteile.» Die Verluste der SP wögen umso schwerer, als die Partei vor vier Jahren massiv verloren hatte. Schlimmer, das hätten im Vorfeld der aktuellen Wahlen alle geglaubt, könne es daher eigentlich gar nicht mehr kommen. «Zumal das politische Klima mit der Bankenkrise für die SP günstig war.» Deshalb hätten auch viele Sozialdemokraten vor den Wahlen einen kleinen Gewinn bei den Wählerprozenten erwartet.

Laut Hermann ist die Situation der SP weitgehend selbst verschuldet. «Mit ihrer unsäglichen Programmdebatte zur Überwindung des Kapitalismus und der Armeeabschaffung hat sie sich aus den realen Diskussionen in der gesellschaftlichen Mitte verabschiedet.» Damit habe sie eine Chance vergeben: «In der aktuellen Krise hätte die SP verunsicherte Wähler gewinnen können, wenn sie für einen anderen, ethischeren statt gar keinen Kapitalismus gekämpft hätte.»

Hinter vorgehaltener Hand teilen einzelne SP-Exponenten diese Kritik. Der ehemalige SP-Präsident und Schaffhauser Nationalrat Hans-Jürg Fehr gehört nicht dazu. «Die meisten, die unser differenziertes Parteiprogramm schlechtreden, haben es nie gelesen.» Er räumt aber ein, dass die SP den Abwärtstrend nicht ganz stoppen konnte. «Wie FDP und CVP leiden wir darunter, dass nicht mehr ganze Schichten aus Tradition ihre Partei wählen.» Ist also zu befürchten, dass auch die SP ähnlich wie FDP und CVP künftig laufend Wähler verliert? Nicht unbedingt, sagt Hermann. «Für eine grosse pragmatische Linkspartei wird es auch in Zukunft Platz geben.» Ein Blick in die Vergangenheit scheint dies zu bestätigen. Denn Ende der 80er-Jahre brach die SP schon einmal ein. Laut Historiker Fehr lagen die Gründe damals auf der Hand: «Der durchschnittliche Schweizer Büezer wurde zum Angestellten und wählte nicht mehr unbedingt SP. Dazu kamen die Grünen als neue Konkurrenz.» Doch ab Mitte 90er-Jahre gelang es der SP, neue Wählerschichten anzusprechen.

Hoffen auf Jungsozialisten

Wohl auch wegen dieser Erfahrung bleibt Fehr zuversichtlich: «Inhaltlich sind wir gut aufgestellt. Aber wir drohen zu überaltern, brauchen neue Köpfe, gerade auch in unseren Ortssektionen.» Hoffnung machen ihm dabei die sehr aktiven Jungsozialisten. Die Zürcher SP-Nationalrätin Chantal Galladé sieht das Licht am Ende des Tunnels gar noch näher. «Im konkreten Politalltag machen wir gute Arbeit. Nun müssen wir nur noch dafür sorgen, dass das die Bevölkerung auch mitbekommt.»